

III. Transformation:

Krise der Moderne, Zerfall der Souveränität

Bereits am Ende der 1960er Jahre hatte sich einige Enttäuschung über die ›technischen‹ Planungsverfahren verbreitet, die im ersten Teil des letzten Kapitels angesprochen wurden. Oft blieb die Realität weit hinter den Visionen einer computergestützten, automatisierten Verwaltung zurück. In der Bundesrepublik konnten beispielsweise nur die Bundesbahn und die Bundespost, kaum aber die Ministerien die Mittel für Personalausbildung und Maschinen aufbringen.¹ Selbst dort, wo die bundesweite Einführung einer computerisierten Datenverarbeitung gelungen war, in den Vereinigten Staaten, wurden die Hoffnungen, die mit der Einführung des *Planning, Programming, Budgeting System* (PPBS) verbunden waren, schnell enttäuscht. Das Programm wurde bereits 1971 wieder eingestellt – ironischerweise wegen fehlender Effizienz.² Gleichzeitig trafen auch die angestellten Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung immer häufiger nicht zu. So wurde 1969 in der Bundesrepublik nicht das angekündigte Wachstum von 4,5 % erreicht, sondern die Prognose mit 8 % deutlich übertroffen.³

Im historischen Rückblick ist es erstaunlich, wie grundsätzlich sich das Koordinatensystem in den folgenden Jahren verschob: Die gesamte Technokratie-Debatte war von der Prämisse ausgegangen, die Technik entwickle eine kaum mehr zu bändigende Dominanz. Getragen wurden diese Sorgen von der Vorstellung, der unaufhaltsame Fortschritt der Technik ermögliche, Mensch und Gesellschaft totalitär zu manipulieren. Nur wenige Jahre später hatte sich das vollständig in sein Gegenteil verkehrt. Nicht mehr die ›Hyperstabilität‹ eines technisch automatisierten Systems, sondern die Instabilität der Demokratien wurde nun zur größten Bedrohung. Der Pluralismus, der in der Technokratie-Debatte noch als Bollwerk gegen das Überhandnehmen der Technik ins Feld geführt worden war, war jetzt selbst zum Problem für die Handlungsfähigkeit geworden.

1 Vgl. Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 339.

2 Vgl. Seibel: *Cybernetic Government*, S. 199.

3 Vgl. Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*, S. 344f., 361, zu den einsetzenden Verwunderungen am Beispiel des *Merkur* vgl. auch Kießling: »Auf der Suche nach der neuen Wirklichkeit«.

Ganz im Gegensatz zum Determinismus der Technokratie-Debatte waren die Diagnosen nunmehr von »Enttäuschung und Vertrauensverlust«⁴ in die *Steuerungsfähigkeit* der Demokratien geprägt, und das produzierte eine immense *Verunsicherung* über die Zukunft. Die Demokratien schienen unmittelbar vor dem Kollaps zu stehen, beschreibt Gabriele Metzler den Tenor der Regierbarkeitsdebatten, die 1972 anhoben und bis in die frühen 1980er Jahre fort dauerten.⁵ Sie sind Dokument und Katalysator einer fundamentalen Transformation.

An ihnen soll daher dieser tiefgehende Umbruch im Selbst- und Regierungsverständnis der westeuropäischen Gesellschaften im Folgenden rekonstruiert werden.⁶ Dafür werden zunächst die Krisenphänomene aus zeithistorischer und aus zeitgenössischer Sicht dargestellt, um dann die konfligierenden Deutungsangebote herauszuarbeiten. Auf diese Weise wird deutlich, wie die damaligen Interpretationen die Krisenphänomene zu einer zusammenhängenden Krise der Moderne und der Souveränität verdichteten. In der Krise verloren die Deutungsalternativen, die im bekannten Rahmen des Souveränitätsdenkens verblieben, an Überzeugungskraft, vor allem weil auch sie das Scheitern der Souveränität an ihren eigenen Widersprüchen herausarbeiteten.

Dadurch bot sich die Gelegenheit für neue Deutungsmuster, deren Krisendiagnosen mit anders gelagerten Lösungsvorschlägen aufwarteten. Diese Lösungsvorschläge kamen einerseits von neoliberalen Ansätzen und andererseits von einer kybernetisch inspirierten Interpretation der Krise. Neben dem Neoliberalismus setzte sich dieses technologische Regierungsdenken in der Krise der Moderne als ein neues Deutungsmuster für Politik und Gesellschaft durch.

1. Krisenphänomene

Zeithistorische Perspektiven: Strukturbruch

Die Zeitgeschichte hat sich seit Anfang des 21. Jahrhunderts in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Erforschung der zweiten Hälfte des vorangegangenen Jahrhunderts gewidmet. Dabei hat sie sich sukzessive davon verabschiedet, die späten 1960er Jahre oder die Wende 1989/90 als zentrale Umbruchszeit zu benennen. Immer mehr rückte die Zeit zwischen 1969 bis circa 1984 – »nach dem Boom« und am

4 Johnson: »Zur Bewertung von Herrschaft«, S. 71.

5 Vgl. Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 243.

6 Zusätzlich zu den zeithistorischen Studien bildet ein zeitgenössischer Textkorpus die Grundlage der Analyse, der ca. 70 Dokumente umfasste. Eine deutlich gekürzte, auf Deutschland fokussierte Darstellung insbesondere der Krisennarrative wurde auf Basis der Dissertation bereits publiziert (vgl. August: »Von ›Unregierbarkeit‹ zu Governance«).